

Wahlkampf als Klassenkampf

SPD und Grüne blinken mal wieder links und reden von sozialer Gerechtigkeit. Schließlich ist Wahlkampf und beide Parteien gerade mal nicht in der Regierung. Doch wie die Gewerkschafterin Ilse Schaad bei einer Kundgebung während des Berliner Lehrerstreiks sagte: "Wahlprogrammen kann man nicht mehr trauen!" DIE LINKE sollte deshalb von diesen beiden Hartz-IV-Parteien nicht das Einhalten ihrer Wahlversprechen fordern, sondern deutlich das aussprechen, was die meisten Menschen ohnehin wissen: Peer Steinbrück und Jürgen Trittin kann man nicht trauen. SPD und Grüne fühlen sich dem Kapitalismus (sprich: den Banken und Konzernen) verpflichtet und werden an der Regierung da weiter machen, wo sie 2005 (beziehungsweise die SPD 2009 nach den vier Jahren der Großen Koalition) aufgehört haben. Deshalb ist nur eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme gegen Sozialabbau, Niedriglöhne, Bankenrettungsprogramme und Krieg. Um das glaubhaft zu versichern, muss DIE LINKE aber auch deutlich machen, dass sie zu keiner Regierungskoalition mit SPD und Grünen bereit ist, weil dies nur auf Kosten der linken Inhalte möglich wäre und zu einer Mitverwaltung der kapitalistischen Misere auf dem Rücken der Bevölkerung führen würde.

von Sascha Stanicic, Berlin

Stattdessen sollte DIE LINKE klar und deutlich sagen: Wer auch immer aus dem pro-kapitalistischen Parteienkartell aus CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen (und jetzt auch AfD "Alternative für Deutschland") regiert, gegen

die neue Regierung wird Opposition und Widerstand nötig sein. Wer will, dass Opposition und Widerstand auch im Bundestag vertreten ist, muss DIE LINKE wählen. Damit diese Botschaft aber ankommt, sollte DIE LINKE

einen Wahlkampf führen, der nicht nur um Stimmen am 22. September wirbt, sondern aktiver Bestandteil von sozialem und gewerkschaftlichem Widerstand und gesellschaftlicher Opposition ist. Dazu wird es einige Gelegenheiten geben:

– Solidarität mit den Beschäftigten im Einzelhandel!

Die Arbeitgeber im Einzelhandel haben den Manteltarifvertrag gekündigt und wollen die Arbeitsbedingungen massiv verschlechtern. Dagegen organisiert ver.di Widerstand und Streiks. DIE LINKE sollte ab sofort im ganzen Land aktive Solidarität für die Beschäftigten im Einzelhandel organisieren. Durch Beteiligung an Streikposten, Solidaritätsaktionen von KonsumentInnen, Öffentlichkeitsarbeit etc.

– Für den Ausbau des Gesundheitswesens!

DIE LINKE fordert eine gesetzliche Personalbemessung für die Krankenhäuser, damit Pflegekräfte nicht mehr überarbeitet sind, was die PatientInnen gefährdet. An der Berliner Charité will die ver.di-Betriebsgruppe für eine tarifliche Personalbemessung kämpfen. DIE LINKE sollte bundesweit



Aktionen vor Krankenhäusern durchführen, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen.

– Kampf gegen Wohnungsnot und Zwangsräumungen!

In vielen Städten steigen die Mieten ins Unermessliche, fehlt es an günstigem Wohnraum und kommt es zu immer mehr Zwangsräumungen. Aber auch der Widerstand dagegen wächst. DIE LINKE muss aktiver Teil dieses Widerstands sein und ihre Mitglieder zu Blockaden gegen Zwangsräumungen aufrufen.

– Die streikenden LehrerInnen unterstützen! Nach den Sommerferien wird in mehreren Bundesländern der Kampf der angestellten LehrerInnen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen weitergehen. DIE LINKE sollte eine aktive, bundesweite Solidaritätskampagne organisieren.

– Kampf gegen Sexismus und Frauendiskriminierung! Linksjugend [solid] hat dieses Thema zu einem von drei Schwerpunkten für den Wahlkampf erklärt.

DIE LINKE sollte die seit der Brüderle-Affäre entstandene Empörung gegen sexistische Diskriminierung aufgreifen und deutlich machen, dass ohne eine soziale Gleichstellung die Benachteiligung von Frauen nicht überwunden werden kann.

– Das “UmFAIRteilen”-Bündnis für eine Reichensteuer plant bundesweite Demonstrationen vor dem Wahltag. DIE LINKE ist Teil des Bündnisses und sollte die Mobilisierung zu diesen Demonstrationen zu einem Wahlkampfswertpunkt machen gleichzeitig aber ihre eigenen Forderungen und Positionen auf die Demonstrationen tragen.

Die Krise sozialistisch lösen!

Der Wahlkampf wird zweifellos auch von der Krise in Europa und der Frage des Euro bestimmt. Statt sich einfach für oder gegen den Euro auszusprechen, sollte DIE LINKE deutlich machen, dass die Ursache der Krise im

kapitalistischen System selbst liegt und sie die einzige widerständlerische und unangepasste Anti-System-Partei ist, die die Verursacher der Krise (Banken und Konzerne) für die Krisenfolgen zur Kasse bitten will. Mit einer klaren Abgrenzung vom kapitalistischen Establishment und den Einheitsbrei-Parteien könnte DIE LINKE auch mehr NichtwählerInnen mobilisieren. Immerhin ist unter diesen der Anteil von Menschen, die sich selbst als “links” einstufen, drei Mal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Diese wird DIE LINKE aber nur erreichen und mobilisieren können, wenn sie unmissverständlich deutlich macht, dass sie mit den pro-kapitalistischen Systemparteien nichts gemein hat. Dazu muss sich die Partei jedoch noch ein ganzes Stück ändern. SAV-Mitglieder werden aktiv einen Beitrag dazu leisten, dass DIE LINKE einen erfolgreichen Wahlkampf schafft und sich verändert. ■

Weg mit dem Euro?

Oskar Lafontaine hat vorgeschlagen, den Euro schrittweise durch die Wiedereinführung nationaler Währungen und eines Europäischen Währungsmechanismus (wie er vor der Einführung der Gemeinschaftswährung existierte) zu ersetzen. Das hat eine gesellschaftliche Debatte ausgelöst, die lange überfällig war, und ihm viel Widerspruch aus den eigenen Reihen der Partei DIE LINKE eingebracht. Lafontaine hat Recht, den Euro zu kritisieren. Doch er hat Unrecht mit der Annahme, dass eine Abschaffung des Euro im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft die sozialen Probleme in Europa und die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems nachhaltig und qualitativ beheben könnte.
von Sascha Stanicic und Lucy Redler

EU und Euro sind Projekte der Herrschenden in Europa, vor allem der starken Kapitalistenklasse in Deutschland und Frankreich, zur Durchsetzung ihrer ökonomischen und politischen Interessen – gegen die Konkur-

renten in den USA, Asien und anderswo und gegen die Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in den europäischen Staaten. Das im Wahlprogramm enthaltene Bekenntnis zum Euro muss gestrichen oder durch eine

antikapitalistische Position ersetzt werden, wie sie von der AKL Niedersachsen vorgeschlagen wird.

Doch der Euro ist nicht die Ursache der Krise. Ein Blick nach Großbritannien, Island und in die USA reicht, um das festzustellen – denn dort gibt es nationale Währungen und diese Länder sind, wie so viele andere auch, trotzdem von der sich seit 2007 entwickelnden Weltwirtschaftskrise betroffen. Der Euro spielt natürlich eine Rolle dabei, wie die Euro-Länder mit der Krise umgehen können. Die Regeln

der Europäischen Währungsunion und die Tatsache, dass keine Möglichkeit besteht, eine nationale Währung ab- oder aufzuwerten, engen den Spielraum zur Ergreifung von Maßnahmen gegen die Krise ein. Ein Austritt aus der Gemeinschaftswährung bei Aufrechterhaltung der grund-

Warum? Weil die tiefere Ursache der Krise in den Widersprüchen des Kapitalismus selbst liegt. Es gibt nicht ausreichend profitable Anlagemöglichkeiten in der so genannten Realwirtschaft für die gigantischen weltweit bestehenden Kapitalmengen. Deshalb ist das Kapital zur exzessiven

setzen sich die Zentrifugalkräfte in Europa durch, weil das kapitalistische System weiterhin in Form nationaler Volkswirtschaften strukturiert ist und die Kapitalistenklassen weiterhin einen nationalen Charakter haben. Auch im Falle von nationalen Währungen haben die starken



genden kapitalistischen Struktur von Wirtschaft und Staat, würde aber auch für diese ausgepressten Länder keine Lösung bedeuten, sie wären weiterhin den internationalen Märkten ausgesetzt und die Wirkung der dann zu erwartenden Abwertung einer neuen nationalen Währung wäre zwar einerseits eine Verbilligung von Exporten, aber andererseits eine Verteuerung der Importe, ein mögliches Abschneiden von den internationalen Kreditmärkten und eine steigende Inflation (Preise steigen, Löhne sind weniger wert). Es würde indirekt zu einer Verarmung der Bevölkerung kommen, so wie heute direkt durch massive Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen eine Verarmung herbeigeführt wird.

Spekulation übergegangen, die wiederum zu exorbitanter Verschuldung, Aktien- und Immobilienblasen und wirtschaftlichen Ungleichgewichten führt. Wie Marx und Engels ausführten, ist der Kapitalismus eine Gesellschaft, in der es zu Krisen aus Überfluss kommt. Der Euro war im wesentlichen der Versuch in einer Situation verschärften internationalen Konkurrenzkampfes eine bessere Wettbewerbssituation für die europäischen Kapitalisten zu erreichen. Es gab also keine Konstruktionsfehler beim Euro, sondern der Euro selber ist Ausdruck der „fehlerhaften“ oder besser: nicht funktionierenden kapitalistischen Wirtschaftsweise. In Zeiten wirtschaftlicher Krise

Volkswirtschaften tausende Mittel und Wege ihre Dominanz auszuüben. **Die Antwort auf die Frage nach Euro oder nationalen Währungen muss in einer Gegenfrage bestehen: wer kontrolliert die Finanzpolitik und die Ökonomie? Wem gehören die Banken und Konzerne? In wessen Interesse wird gewirtschaftet?** Wenn die Arbeiterklasse eines Landes darin erfolgreich sein sollte, eine sozialistische Regierung zu etablieren, die die Banken und Konzerne verstaatlicht, Kapitalverkehrskontrollen einführt, die Zahlung der Auslandsschulden einstellt, den Sozialabbau beendet und massive Investitionsprogramme in den

Bereichen Bildung, Gesundheit, Umwelt und Soziales zur Schaffung von Arbeitsplätzen einleitet – wird ein solches Land wahrscheinlich innerhalb kürzester Zeit aus dem Euro geworfen. Dann muss es natürlich zur Einführung einer eigenen Währung übergehen, aber nicht die Währung als solche wäre dann das Mittel zur Krisenbewältigung, sondern die sozialistische Politik einer solchen Regierung. Und diese Politik müsste beinhalten, die Völker Europas dazu aufzurufen, es ihr nachzumachen, die Kapitalisten zu verjagen und einen neuen, sozialistischen und demokratischen Staaten- und Währungsverbund einzugehen.

Wenn heute Volksabstimmungen zur Frage des Euro in irgendeinem Land Europas durchgeführt würden, müssten linke Parteien dazu aufrufen, gegen den Euro zu stimmen. Die Solidarität der deutschen Linken müssten ihnen dann sicher sein. Alles andere wäre eine Stimme für die Fortsetzung der zerstörerischen Troika-Politik unter dem Diktat aus Berlin und Brüssel. Aber sie müssten gleichzeitig klar machen, dass ein solcher Schritt alleine kein Problem lösen wird. Deshalb ist es sowohl falsch, wenn DIE LINKE sich für „die Rettung des Euro“ ausspricht, als auch wenn andere linke Kräfte einfach nur einen



Austritt aus dem Euro fordern. Die Antwort auf die Währungsfrage muss eine sozialistische Beantwortung der Systemfrage sein. Diese Art der Beantwortung beginnt mit einem kompromisslosen Kampf gegen die Austeritätspolitik in ganz Europa. Das Nein zu Entlassungen, Privatisierungen, Sozialabbau und Abbau demokratischer Rechte muss aber verbunden werden nicht mit der Illusion, man könne dem Kapitalismus Vernunft beibringen

(oder aufzwingen), sondern mit der Idee des Sturzes des Kapitalherrschaft. EU und Euro sind nicht in einem sozialen Sinne zu reformieren, wie auch das ganze auf Ausbeutung beruhende System nicht sozial umzugestalten ist. ■

Der vollständige Artikel ist hier zu finden: <http://www.sozialismus.info/2013/05/weg-mit-dem-euro/>

Ich will Informationen / ein Abo

- Ich habe Interesse an der SAV. Bitte meldet euch bei mir.
- Ich möchte ___ EUR monatlich an die SAV spenden.
- Ich möchte Zeitung und Magazin der SAV im Abo beziehen und zahle dafür jährlich: 27 Euro (normal), 22 Euro (ermäßigt), 50 Euro (Förderpreis), 40 Euro (Ausland), E-Abo: 20 Euro. Bitte zutreffendes unterstreichen.

Einzugsermächtigung

Widerrufsrecht: Ich kann / Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem / unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Ich ermächtige die Sozialistische Alternative e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

Vor- und Zuname

Kreditinstitut/Bankleitzahl

Kontonummer

Straße, Hausnummer / Ort und Postleitzahl

Datum, Ort und Unterschrift

Email-Adresse

Bitte einsenden an: SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder per Email an: kontakt@sozialismus.info oder per Fax: (030) 24723804 oder bei der SAV vor Ort